

Einzelpreis 4500 Mt.

Bezugspreis für September wenn vor dem 5. September entrichtet:
In der Geschäftsstelle 110.000 Mt. pol.
Durch Zeitungsboten 120.000
die Post 12.000
Ausland 150.000
Redaktion und Geschäftsstelle
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.
Telephon Nr. 6-86.
Postfachkonto 60.689
Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung bezahlt. Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erscheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage frühmorgens

Anzeigenpreise:
Die 7-gesp. Millimeterzeile 1800 Mt. pol.
Die 3-gesp. Reklamez. (Millim.) 6000
Eingelands im lokalen Teile 12000
bis zum 6. September wenn im voraus entrichtet.

Für Arbeitsfugende besondere Vergütungen. Anzeigen an Sonn- und Feiertagen werden mit 25 Prozent berechnet. Auslandsinhalte 50%. Zuschlag bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt. Arbeitsniederlegung, Schließung der Zeitung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 94.

Lodz, Donnerstag, den 6. September 1923.

1. Jahrgang.

Der italienisch-griechische Konflikt vor dem Völkerbund.

Die griechischen Vorschläge. — Zerfall des Völkerbundes?

Genua, 5. September (Nat.) Auf der gestrigen Sitzung des Völkerbundes gelangte der italienisch-griechische Konflikt zur Sprache. In Anbetracht dessen, daß Salandra auf Instruktionen wartete, die im Laufe der Nacht von Seiten der italienischen Regierung eintreffen sollten, wurde auf seinen Antrag hin die Aussprache über den Konflikt auf heute vertagt. Der Völkerbund nahm ferner den Antrag des italienischen Vertreters an, den griechischen Delegierten Politis aufzufordern, nähere Angaben über den Verlauf dieser Angelegenheit zu machen. Politis legte den Standpunkt Griechenlands dar, wobei er mitteilte, daß die griechische Regierung vier von den sieben italienischen Forderungen angenommen und die übrigen drei abgelehnt habe. Politis erklärte, daß die Forderung einer Kontrolle der Tätigkeit der Untersuchungskommission seitens eines italienischen Mitglieds unannehmbar sei. Griechenland könne sich lediglich zur Zulassung eines italienischen Delegierten zwecks Mitarbeit in der Kommission verstehen. — Salandra erklärte hierauf, daß die Ausführungen Politis' nicht informativ Natur seien, sondern daß sie vielmehr eine Darstellung des griechischen Standpunktes gewesen wären. — Man einigte sich schließlich dahin, von Politis eine schriftliche Niederlegung der Vorschläge zu verlangen. Nach Verlauf einer Stunde unterbreitete der griechische Delegierte, entsprechend dem Verlangen des Völkerbundes, schriftlich die Vorschläge Griechenlands, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Genua, 5. September (Nat.) Im Auftrage der griechischen Regierung unterbreitete Politis eine schriftliche Deklaration, worin vorgeschlagen wird:

1. Ernennung von Vertretern neutraler Staaten durch den Völkerbund, die an der Untersuchung der Mordtat teilnehmen würden;
2. Schaffung eines Schiedsgerichts zur Festsetzung der Höhe der Entschädigung;
3. Unverzügliche Hinterlegung einer Summe von 50 Millionen in der Schweiz seitens Griechenlands als Garantie für die Zahlung der Entschädigung.

Genua, 5. September (Nat.) Die Schweizer Telegraphen-Agentur meldet: Aus Völkerbundskreisen wird berichtet, daß angesichts der in der griechischen Deklaration gemachten weitgehenden Zugeständnisse die Überzeugung herrscht, daß die Lage eine gewisse Entspannung erfahren habe.

Genua, 5. September (Nat.) Heute beriet der Völkerbund in der Angelegenheit des griechisch-italienischen Konflikts. Der italienische Delegierte Salandra er

klärte, daß mit Rücksicht darauf, daß die offizielle Repräsentation der Politikerkonferenz ermordet wurde, die ganze Angelegenheit einschließlich der Festsetzung Korfu in den Bereich der Politikerkonferenz falle. Vor einem Entschluß der Politikerkonferenz habe der Völkerbund in dieser Beziehung keinerlei Befugnisse. Der griechische Delegierte Politis erwiderte, daß Griechenland im voraus alle Vorschläge sowohl der Politikerkonferenz als auch des Völkerbundes angenommen habe. Komte Fifi schlug vor, die Aussprache zu vertagen, was auch auf unbestimmte Zeit hinaus geschah.

Beim 5. September (Nat.) Wie aus Rom berichtet wird, hat Mussolini der Presse gegenüber erklärt, daß das Kabinett einstimmig beschlossen habe, für den Fall, daß der Völkerbund im griechisch-italienischen Konflikt einschreiten wolle, aus diesem auszutreten. Anderen Nachrichten zufolge ist diesem Standpunkt der skandinavischen Delegierten diametral entgegengesetzt, die den Austritt der skandinavischen Staaten aus dem Völkerbund androhten, wenn dieser es ablehnen sollte, sich mit dem Konflikt zu befassen.

Athen, 5. September (Nat.) Die Regierung hat eine Million Drachmen für die Ausfindigmachung der Mörder ausgesetzt.

Italien sucht sein Vorgehen auf Korfu zu rechtfertigen.

Rom, 4. September. (Nat.) Die Stefani-Agentur verbreitet ein Kommuniqué, in dem es u. a. heißt: Gewisse Blätter haben gegen Italien den Vorwurf erhoben, daß die italienische Aktion auf Korfu als auf einem neutralisierten Gebiet stattgefunden habe. Der Londoner Vertrag vom 14. November 1863 sah tatsächlich die Neutralität der Ionischen Inseln aus Anlaß ihrer Eroberung an Griechenland vor. Durch Art. 2 des nachfolgenden Londoner Vertrages vom 29. März 1864 wurde diese Neutralität lediglich auf die Inseln Kos und Rhos beschränkt. Dieser Vertrag wurde zwischen Österreich-Ungarn, Frankreich, England, Preußen, Rußland und Griechenland geschlossen. Italien hat dieses Abkommen nicht unterzeichnet und hat auch seinen Beitritt nicht erklärt. Die Pflicht der Aktion der Neutralität des Gebiets von Korfu kann somit nur jenen Staaten obliegen, die den Vertrag unterzeichnet haben, keinesfalls aber Italien. Eine Beanstandung könnte nur dann erfolgen, wenn es sich um eine kriegerische Aktion handeln würde. Vorerst steht aber die italienische Beziehung nur eine Art von Zwangsmaßnahme vor, nicht aber eine Kriegshandlung.

Durch beigetragene Ausführe u. machen. Ich nutze diese Gelegenheit, um zu sagen, daß es zu meiner Kenntnis gelangt ist, daß abgeordnete, wo Bürgerkommissionen unter Vorsitz von Finanzbeamten die Einkünfte oder Umsatzeiner festlegen, diese Kommissionen nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen, die ihnen durch das Gesetz aufgetragen wurde, und daß auch die Beamten nicht genügend eifrig sind. In solchen Fällen werde ich nicht anstehen, die Schuldigen zur strengsten Verantwortung zu ziehen.

Nach Erteilung des Budgetausgleichs muß die Stabilisierung des Kurses der polnischen Mark einsetzen und von hier aus die Stimmung der Deutung und die Abhaltung der sich rasch verändernden Preise erfolgen. Wir gelangen dann zu dem Moment der Währungsreform, zu dem Zeitpunkt der Einführung einer seitens der polnischen Emmissionsbank ausgegebenen auf Gold gestützten gesunden Valuta.

Hilton Young kommt doch nach Polen.

Im Gegensatz zu einer früher von uns gebrachten Meldung berichtet die „Nat.“-Agentur aus Warschau, daß das Außenministerium lebhafte die Nachricht erhielt, daß er herangezogen die seine ständige in Finanz- und Wirtschaftssachen, Hilton Young, die Einordnung der polnischen Währung angenommen hat. Hilton Young wird am 7. Oktober nach Polen kommen und ungefähr 2 Monate hier bleiben.

Die interparlamentarische Konferenz.

Ein Nachwort.

Von Professor S. Quisbe.

Der Telegraph hat über die 21. interparlamentarische Konferenz in Kopenhagen Tag für Tag, wenn auch recht ungleichmäßig, Auskunft gegeben. Es genügt deshalb, hier rüchigend einiges hervorzuheben. Die wichtigsten Verhandlungen galt drei Fragen: jenen der Abrüstung, der nationalen Minoritäten, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und in Verbindung damit der Reparationen.

Die Konferenz betonte, gleich ihren Vorgängerinnen von Stockholm (1921) und Wien (1922), die dringende Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung im Sinne von Artikel 8 des Völkerbundesvertrages, billigte den auf Lord Robert Cecil zurückgehenden Plan, diese Abrüstung durch Abschluß eines allgemeinen gegenseitigen Garantievertrages zu erleichtern, und suchte zugleich nach Mitteln, um der Beschränkung der Rüstungen, so lange die geforderte vollständige Abrüstung nicht möglich ist, näher zu kommen. Regionale Vereinbarungen über Herabsetzung der Rüstungen und die Schaffung entmilitarisierter Zonen an besonders gefährlichen Grenzen werden dafür empfohlen.

Von drei Seiten kamen Vorbehalte: der Führer der polnischen Delegation, Professor Dembinski, beantragte, daß die Verpflichtung, in der geforderten Weise abzurüsten, beschränkt werde auf die Staaten, deren Integrität und Sicherheit durch die Verträge und die internationale Organisation genügend garantiert ist; die rumänische und die tschechoslowakische Gruppe wollte jedem Lande das Recht lassen, selbst den Moment zu bestimmen, in dem es ihm möglich sei, seine Rüstungen weiter herabzusetzen; der französische Redner Senator Merlin, betonte, daß für Frankreich die Frage der Abrüstung aufs engste zusammenhänge mit der Durchführung des Friedensvertrages, den Reparationen und der Regelung der interalliierten Schulden. Das polnische Amendement wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt, der rumänisch-tschechoslowakische Vorbehalt vom Grafen Apponyi als durchaus in Widerspruch zur Völkerbundscharta zurückgewiesen; dem Franzosen antworteten von den Deutschen Heile mit dem Hinweis, daß Frankreich es in der Hand habe, durch eine Politik der Verständigung den Frieden zu sichern.

Die Frage der Sicherung der Rechte der nationalen Minderheiten nahm bei weitem den breitesten Raum in den Beratungen ein. Die dafür eingelegte unter der Leitung des Präsidenten der Interparlamentarischen Union, Baron Adelswärd (Schweden), stehende Kommission legte durch ihren Referenten, den Alt-Ständerrat Ulfert, eine Erklärung der Rechte und Pflichten der Minderheiten vor, die dem Völkerbund als Grundlage einer allgemeinen Übereinkunft dienen soll, empfahl in einer zweiten Resolution die Einsetzung partieller Kommissionen in den national gemischten Staaten und in einer dritten die Errichtung einer ständigen Kommission für Minderheitsfragen beim Völkerbund. (Diese Resolutionen wurden im vollen Wortlaut bereits in Nr. 91 (2. September) der „Freien Presse“ wiedergegeben. Die Schrift.)

In der Diskussion war bezeichnend, daß die Vertreter fast aller wegen Bedrückung der Minderheiten — früher oder heute — kritisierten Länder die Berechtigung der Klagen bestritten und behaupteten, daß gerade in ihrer Heimat geradezu ideale Zustände der Gerechtigkeit und Duldung herrschten. Sie konnten aber offensichtlich den Eindruck, dem nach den Verhandlungen der Kommission Vertreter unbedrückter Länder Ausdruck geben, nicht vermissen. In der Abstimmung wurden bei Stimmhaltung verschiedener Gruppen (der dänischen, spanischen, rumänischen, litauischen und der Mehrheit der tschechoslowakischen) die drei Resolutionen teils einstimmig, teils gegen ganz kleine Minderheiten angenommen.

In der Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus verständigte man sich leicht über die vom Reichsrat, ehemaligen Minister Treub, vorgelegten drei Resolutionen. Die erste fordert für die Länder mit entwerteter Währung „Uebervollung“ jedweder Maßnahmen,

Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Dollarkurs = 229.000 poln. Mark
Der italienisch-griechische Konflikt vor dem Völkerbund.
Eine Programmrede des neuen Finanzministers Kurowski.
Hilton Young kommt doch nach Polen.
Weitere Schreckensnachrichten aus Japan.

Eine Programmrede des neuen Finanzministers Kurowski.

Warschau, 5. September (Nat.) Bei der heute erfolgten Eröffnung der Währungsreform hielt der neue Finanzminister Kurowski eine längere Eröffnungsansprache, in der er sein Finanzprogramm darlegte. Ueber die Frage der Festsetzung der Staatsfinanzen führte er u. a. aus: „Ein Ausgleich des Budgets muß herbeigeführt werden ohne Rücksicht auf die Größe der Opfer. Sparsamkeit und Streichungen vorwiegend in der Personal- und Subventionen Ausgaben müssen rüchiglos zur Durchführung kommen. Unsere Kredit- und Subventionenpolitik muß einer Revision unterzogen und unsere Devisen- und Ausfuhrpolitik der gegenwärtigen Lage anpassen werden. Eine Verminderung der begehrenden und ein Verbot der Schaffung neuer Anleihen muß unbedingt erfolgen. Es ist dies eine schmerzliche, peinliche und unangenehme aber eine notwendige und angelegte Operation.“

Ein schlechter Wirt würde jedoch der sein, der nicht umständig wäre und der einseitig seine Zeit und seinen Geist nur mit der negativen Seite der Frage beschäftigen wollte und der von der positiven Seite der Sache nichts oder wenig an sich herzu ziehen. Ich denke hier an die Einkommen. Wir sind die Mittel bekannt, die zu verwenden sind, um die Widerstandsfähigkeit zu stärken, die Säulen anzukleben, die Ungewissenheiten zu bestrafen und die

welche die Ein- und Ausfuhr der Waren und Rohstoffe in einer künstlichen oder zwecklosen Weise verbieten; die zweite verlangt behufs Stabilisierung der Valuta Wiederherstellung des Gleichgewichts in den Budgets und Beschaffung ausländischen Kredites; um praktische Maßnahmen empfehlen zu können, soll eine Kommission eingesetzt werden.

Gegenstand einer lebhaften und interessanten Aussprache war die von anangeschlossene dritte, von Baron Abelswärd vertretene Resolution, die sich mit den Problemen der Reparationen und der internationalen Schuldensicherung und deren Lösung „einer unparteiischen und internationalen Autorität“ anvertrauen wollte. Die Politik der Gewalt, die jetzt in dem Konflikt gipfelt, wurde von amerikanischen und englischen Rednern scharf kritisiert. Zwei wichtigen Erklärungen sind aus der Erklärung hervorgehoben. Die Amerikaner betonten mit dem größten Nachdruck, daß Amerika wohl bereit sei, seinen Gläubigern entgegenzukommen, daß es aber grundsätzlich ablehne, die Frage der Reparationen und der internationalen Schuldensicherung miteinander zu vermischen. Der englische Redner aber betonte namens der englischen Gruppe, daß sie einverstanden sei in dem Wunsche, Deutschland möge seine Aufnahme in den Völkerbund beantragen. Reichstagspräsident Brüning betonte Deutschlands Bereitwilligkeit, Reparationen zu leisten, die Notwendigkeit aber zugleich, die Verpflichtungen, die bisherigen Leistungen und die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit durch eine unparteiische Autorität feststellen zu lassen. Er sprach, in Anknüpfung an die englische Erklärung, die Hoffnung aus, daß Deutschland dem Völkerbund beitreten werde. Die Resolutionen wurden schließlich einstimmig angenommen.

Vom Völkerbund.

Genf, 5. September. (Pat.) In der dritten Vollversammlung des Völkerbundes wurden zu Vorgesetzten gewählt: Robert Cecil (England), Hannotaux (Frankreich), Graf Ishi (Japan), Gimeno (Spanien), Fontana (Venezuela) und Buxa (Schland). Die nächste Plenarsitzung findet am Donnerstag vormittags 11 Uhr statt.

Poincaré wird Stresemann antworten.

Paris, 5. September. (Pat.) Wie „Matin“ mitteilt, wird Poincaré in Kürze eine Rede halten, die als Antwort auf die letzten Ausführungen des deutschen Reichskanzlers Dr. Stresemann gedacht ist. Poincaré wird die Bedingungen erklären, unter denen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands möglich wäre.

Kurssturz und Teuerung in Frankreich.

Paris, 5. September. (Pat.) Der Kurssturz des Franken bewirkt, obwohl keine wirtschaftliche Ursache hierfür vorhanden, eine allgemeine Zunahme der Teuerung in Frankreich und zwar aus dem Grunde, weil gewisse wichtige Rohmaterialien wie z. B. Wolle aus England eingeführt werden.

Einer Berliner Meldung zufolge wird die deutsche Reichsbank Anfang nächster Woche Banknoten zu 100 Millionen Mark in Verkehr bringen.

Die „Kote Fahne“ und andere in Deutschland erscheinende kommunistische Blätter wurden für die Zeitdauer von 8 Tagen verboten.

Französische Kolonialwirtschaft in Guyana.

Wir lesen in den „Baseler Nachr.“:

Guyana ist ein unbewohntes Land. Sein Gebiet umfaßt etwa den dritten Teil von Frankreich, aber es hat keine 25 000 Einwohner, auch wenn man sehr lange zählt. Der Guyanese, der ausgeht, nimmt sein Gewehr mit, wie wir den Regenwald. Das ist so Sitte. Außer denen, die in Politik machen, sind es meistens Waldläufer, Pflanzer von Palmläuben (ein in Westindien vorkommender Baum mit olivenähnlichen Früchten) und Goldsucher. Es gibt ganz wenige Dörferchen, und Macouria, das wir passieren, bietet keinerlei Interesse. Überall schwankende Savanne.

Wir kommen zum „Kilometer 24“. Wir haben das Ende der Welt erreicht. Hier sind 100 Leute, denen allen die Krankheit im Leibe sitzt. Einige sind aufgestanden, einige liegen, einige winseln wie Hunde. Der Wusch vor ihnen ist wie eine Mauer. Aber nicht sie legen die Mauer nieder, die Mauer legt sie nieder.

Das ist kein Arbeitslager, sondern ein Verlies, das wohlversteckt in den Wäldern von Guyana liegt. Man wirft hier die Leute hinein, damit sie nicht mehr herauskommen. 24 Kilometer Straßenbau unter diesen Bedingungen ist ja eine großartige Leistung in 80 Jahren. In 100 Jahren wird so vielleicht Guyenne mit St. Laurent in Maroni vereinigt, und das wird noch großartiger sein.

Schließlich möchte man aber wissen, ob man eine Straße bauen oder ob man die Individuen verreden (ich unterreichte diesen Ausdruck) lassen will. Wenn man die Leute verreden lassen will, braucht man nichts zu ändern. Alles geht vorzüglich; aber wenn man eine Straße bauen will...

Einmal essen sie sich nicht satt — kein Arbeiter tut dies hier; aber die andern tun wenigstens nichts. Diese hier haben in kürzester Zeit nicht einmal mehr die Kraft, eine Hacke zu heben.

Englische Sprachkurse

von W. S. JESSEN, Sachobnia 45.

Anmeldungen zu den nächsten Kursen werden weiterhin entgegengenommen.

1. Lehrgang für Anfänger am Montag, Mittwoch und Freitag, von 7 bis 9 Uhr abends.

2. Lehrgang für Fortgeschrittene am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 7 bis 9 Uhr abends.

Beginn des Unterrichts der Gruppe A am 7. September, der Gruppe B am 10. September. — Eine kleine Anzahl Klassen. — Unterricht ausschließlich englisch. Konversationsmethode. — Keine Hausaufgaben. Besprechungen unentgeltlich.

Anmeldungen täglich bis 9 Uhr abends.

Dann haben sie nackte Füße. Die „Tentaire“ (die Verwaltung der Strafanstalten) sagt: Wenn man ihnen Schuhe gibt, so verkaufen sie sie. Das ist möglich, man könnte vielleicht auch besondere Schuhe erfinden, die man leicht von außen erkennen würde, wenn jemand von der freien Bevölkerung die gekauften trüge! Sie haben nackte Füße, das heißt, sie liegen herum, denn ihre Füße können sie nicht mehr tragen: Erdflöhe, Schlupfwürmer und eiternde Wunden. Es ist ein schrecklicher Anblick.

Man braucht, um eine Straße zu bahnen, Unglückliche, die nicht mehr gehen können.

Und das ist nur das Äußere, das, was man sieht. Die Krankheit, die von innen her ihre Gesundheit unterhöhlt, heißt Ankylostomiasis. Das sind unendlich kleine Würmer, die ihnen die Eingeweide zerfressen. Alle sind davon befallen. Das gibt ihnen diesen wachartigen Taint, diesen konkaven Leib; und, je näher die Stunde kommt, da ihre Augen sich schließen, umso größer werden ihre Augen.

Ihnen gegenüber hält man das Chinin für Bonbons; man gibt ihnen nur, wenn sie braun sind. Deshalb fährt das Fieber offen und verheerend in diese ganze Gesellschaft hinein.

Zwangsarbeit? Ja. Zwangseuche? Nein.

Ich betrete eine Hütte. Von hundert Arbeitern liegen heute 48 darnieder. Unter Moskitonehen, die schwarz vor Schmutz, aber viel zu kurz sind, ragen ihre Füße hervor, und die höllische Erfindung Gottes, die Stechmücke, tanzt darüber weg.

Diese Armen sehen mich nicht hindurchgehen, nicht einmal die, die die Augen offen haben. Das Fieber hat sie in seinen Zauberkreis entführt. Sie stöhnen; aber man weiß nicht, sind ihre Seufzer ein Gesang oder eine Klage. Sie hüpfen auf ihren Pristchen wie kleine Spielzeughasen, wenn man auf den Ballon drückt. Und das sind Erntearbeiter!

Albert Londres, ein bekannter Pariser Schriftsteller, schließt seinen grauenhaften Bericht mit dem bezeichnenden Ausruf: „Wenn man eine Straße bauen wollte, würde man sich anders anstellen!“ Und diese Schauerstätte kostete Frankreich im Jahr 14 Millionen. Fürwahr eine kulturelle Wirtschafft.

Was ist eigentlich Demokratie?

In der Rede, die der Staatspräsident Wojciechowski in Berlin hielt, führte er der Nat. zufolge u. a. aus:

„Vor allem wiederhole ich immer häufiger und fühle hierzu das Bedürfnis, daß wir dessen fest eingedenk sein müssen, daß wir Polen sind, ein Volk aber ist nicht irgendwer. Hier von haben wir in den Zeiten des Niederganges und der Unfreiheit vergessen und fingen an, an anderen Gefallen zu finden, mit anderen zu hängen (umizgas), uns um andere zu sorgen und aus Polen nahezu ein Absteigerquartier zu machen, in dem jeder Jagdwirtschaft hatte. Dafür müssen wir heute, wo wir endlich die Unabhängigkeit erlangt haben, dieses unser Recht eines Volkes stark betonen. Wenn ich auch hierzu aufrufe, ich, der ich, wie aus meiner ganzen Vergangenheit hervorgeht, in der demokratischen Ideen am treuesten halte, so tue ich dies aus der tiefsten Überzeugung heraus, daß der polnische Wirt niemanden ein Unrecht zufügen wird — doch unter der Bedingung, daß nur er in Polen wirtschaften, nur er regieren und leiten wird.“

Hierzu bemerkt der „Robotnik“ in seiner Ausgabe vom 4. September: Dieser ganze Abschnitt ist absolut unklar. Was soll das heißen, daß nur die Polen wirtschaften, regieren und leiten sollen? Besagt dies, daß nur die Polen das Recht haben, Gesetze zu beschließen, daß nur ihnen das Recht zusteht, diese Gesetze durchzuführen, daß nur sie die Staatsämter einnehmen sollen? Wenn ja, so steht der Herr Präsident im Widerspruch mit der

Kursy językowe:

angielski, francuski i niemiecki

(początkowe i średnie)

Kursy handlowe

(koncesjonowane przez Min. W. R. i Ośw. Publ.) w Y. M. C. A. Polskiej Piotrkowska 248. Informacji udziela oraz przyjmuje zapisy młodzieńców imięczyzn chrześcijan sekretarjat Y. M. C. A., Piotrkowska Nr. 248, od godz. 4 do 9 po południu.

Opłata niska.

2716

Dr. med. GUSTAV RACZEK

Herz- und Lungenkrankheiten.
Empfängt von 9—12 Uhr und von 3—6 Uhr abends.
GDANSKA 93. TEL. 20-35. 2700

Sensterglas

C. Lewin, Łódź, Piotrkowska 83

und Zakajna 13. Telephon 12-83.

Verfassung, deren erster Güter er sein soll. Durch die Verfassung auf seine demokratische Vergangenheit zeigt der Herr Präsident noch augenfälliger, wie weit er sich von dieser Vergangenheit entfernt hat.

Der lutherische Weltkonvent in Eisenach.

Von J. Dietrich, Konfessionsrat III.*

Am Dienstag wurde um 8 Uhr morgens ein öffentlicher Gottesdienst in der St. Georgskirche gehalten, und zwar vom Bischof der ungarischen Kirche Dr. theol. von Raffay, nach welchem die geschlossenen Sitzungen des Weltkonvents begannen. Vor allem wählte der Weltkonvent bei Eröffnung seiner geschlossenen vierstägigen Arbeitssitzung auf Vorschlag von Prof. D. Jacobs-Neuport den Landesbischof D. Jhmels, Dresden zum Vorsitzenden und gab ihm als geschäftsführenden Ausschuss zur Seite Erzbischof D. Dr. Söherblom-Upsala, die Bischöfe Poelsch und Riga und Raffay-Budapest, die Kirchenpräsidenten Knubel und Stub aus Nordamerika und Generalsuperintendent Hoppe-Hildesheim. Neben einem Geschicktskomitee wurde noch ein Verfassungsausschuss unter Vorsitz des schwedischen Bischofs Darrell eingesetzt, der die Pläne für einen dauernden Zusammenschluß der luth. Kirchen bearbeiten soll. Mit der Verantwortung eines Begründungsschreibens des kürzlich in Zürich versammelten reformierten Weltbundes wurde der Vorsitzende beauftragt.

Nachdem sich von der Weltkonvent konstituiert hatte, hielt Herr Landesbischof, Dr. theol. Jhmels einen ergreifenden Vortrag über das Thema: „Der ökumenische (für die ganze Welt bestimmte) Charakter des Lutheriums.“ Es war eine unvergeßliche Stunde, die wir hier verbrachten als wir über eine Stunde den Worten des früheren großen Leipziger Professors lauschten. Nach dem Vortrage eröffnete Bischof Gumerus-Finnland die Aussprache mit dem Hinweis darauf, wie der für die ganze Welt bestimmte Charakter des Lutheriums sich bereits in ganz großer und bewundernswerter Weise in der Welt zeige. Die lutherische Kirche ist längst über jede nationale Schranke hinausgewachsen. Neben der großen deutschen Gruppe, stehe die der lutherischen nordischen Völker: Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland. Zu diesen Gruppen komme noch eine dritte große totenfrohe und energische hinzu: die amerikanische, in welcher die englische Sprache bereits sehr stark vertreten ist. Auch zeige die Anwesenheit eines Vertreters der luth. Kirche, welche Gräße der asiatischen und afrikanischen Glaubensgenossen bringe, daß die Entwicklung der luth. Kirche auch jetzt noch rüstig von Volk zu Volk fortschreitet. Nach diesen Ansprachen folgten noch viele andere, die sehr interessant waren, aber hier nicht mehr angeführt werden können. Am Abend fand eine Besprechung der Konventsmitglieder über das kirchliche Leben verschiedener Länder statt. Ergreifend war hier das, was Generalsuperintendent Meyer aus Moskau berichtete. Nicht die leibliche, sondern geistliche Not der Lutheraner in Rußland sei jetzt die größte. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um die luth. Kirche Rußlands wieder Kraft zu organisieren. Rußland stehe dem Evangelium offen.

Gößtes Interesse rief der Bericht des „schwarzen“ Vertreters der lutherischen Kirche Indiens, Mog. J. D. Firvadam hervor. Er sprach im Namen der luth. Kirche Indiens und Afrikas und äußerte die Hoffnung, daß auf dem nächsten Weltkonvent mehr Vertreter sowohl der luth. Kirche in Asien wie auch in Afrika erscheinen werden, da auch dort die Kirche unausgesetzt wachse.

*) Vergl. auch die Nrn. 89 und 91 der „Fr. pr.“

Nachher zeigte, wie z. B. die samitischen luth. Gemeinden, und auch die Gemeinden bei der Kollwille in der schweren Kollwille, wo ihre Missionare vertrieben worden waren, sich trennen bemüht haben in ihrer großen Liebe und Abhängigkeit zu der Kirche, durch deren Dienst sie zur Erkenntnis der Wahrheit kamen. Nach sonst gemäßen in vielen Kreisen das luth. Christentum in Indien, Afrika und Südamerika, so daß in nächster Zeit mit größeren Bewegungen zum Christentum zu rechnen sein wird.

Nachfolgend Berichte noch aus 6 anderen Ländern, die auch sehr interessant waren, deren Einzelheiten wir aber bei Gelegenheit in einem besonderen Artikel bringen werden.

Am Mittwoch wurde die Vormittags-Sitzung durch einen Vortrag des holländischen Prof. J. J. van der Kooij über das Thema: „Das Bekenntnis als unerlässliche Grundlage der luth. Kirche“ eingeleitet.

Die nunmehr einsetzende Aussprache zeigte, wie stark in kirchlichen Kreisen die Bewegung zum Bekenntnis ist. Besonders energisch vertrat das Bekenntnis ein Late aus Deutschland. Die Delegierten aus Amerika betonten in allerhöchster Weise die Unerschütterlichkeit und unbedingte Notwendigkeit der Annahme der heil. Schrift und der Bekenntnisschriften der lutherischen Kirche als Fundament und Grundlage derselben.

Auch Superintendent Angerstein-Dobbs ergriff auf dem Weltkongress das Wort. In eindringlichen Worten mahnte er die Versammlung, trennen zu lassen die Kirche von der Welt. Die Bibel müsse hochgehalten werden als Gottes Wort, die symbolischen Bücher der lutherischen Kirche sollen in fester Geltung bleiben, die Schriften selbst sollen fleißig studiert und das heilige Abendmahl treu gebraucht werden. Auf seine Behauptung, daß der Hauptgedanke zu legen; daher müsse auch die Kirche verworfen werden.

Am Nachmittag desselben Tages fanden Konferenzen über innere und äußere Mission, und Schule usw. statt. Am Abend tageten wieder über die gegenwärtig brennend gewordene Frage über die evangelische Presse verhandelt. Hier hielt Dr. Laible-Schmitt einen ausführlichen Vortrag, in welchem er einen genauen Überblick über den Stand der Dinge gab.

Im Laufe der Debatte hielt auch Unterzeichneter eine längere Ansprache, in welcher er u. a. folgendes ausführte: „Die geschlossenen Versammlungen des Weltkongresses am gestrigen und heutigen Tage waren von wunderbarer Gehalt und Kraft. Unvergessen wird es uns allen bleiben, wie gestern unter den einzigartigen großen Darlegungen unseres hochverehrten Herrn Vorsitzenden der glänzenden Charakter des Lutherismus“ vor unserem Auge erschien. Herausgeborn aus Dufte, wie Tau aus der Morgenröte, stand das biblische Lutherium da, umschüllt und umschlossen vom Himmelsraum göttlichen Friedens und göttlicher Gnade... bereit allen Sprachen, Völkern, Nationen und Geschlechtern zu dienen. Und heute... mit tiefster Sorgfalt darf ich es hier aussprechen: der Bekenntnisgeist unserer Väter war wieder erwacht und wehte über uns. Aus Taten und Worten hörten wir hier die unauslöschliche Forderung nach einem festen klaren Bekenntnis. Und diesem schlossen sich so viele an: aus Europa, Amerika, von den Missionsgebieten. Die Wittenberger Homerschläge tönten die Zeugnisse: wir müssen zur heil. Schrift und den Bekenntnisschriften der lutherischen Kirche eine ungebrochene entschiedene Stellung einnehmen, festhalten müssen wir an ihnen unter jeder Bedingung. — Mehr und heiliger waren die Stunden... Man aber, da wir ein gemeinsames Fundament gefunden, auf dem wir stehen können, kommt alles darauf an, daß wir unverzüglich zu entschlossenem gemeinsamen Handeln übergehen. Bekenntnisse haben nur dann Segensbedeutung für die Kirche, wenn sie von Kraft und Leben durchdrungen sind und wenn ich mich so ausdrücken soll, zu Energiezentren werden, die alles rings um uns herum in Bewegung setzen. Da hat es sich nun markant genug gezeigt, daß gleich nach unserem Bekenntnisakt am Vormittage das Presseproblem auf die Tagesordnung gesetzt wird. Das ist vom Herrn gegeben und das ist, meiner Ansicht nach, eine Aufforderung des Herrn zur Tat. Ja, zur Tat. Welche Bedeutung die Presse im Allgemeinen hat, das habe ich vor dieser hochwürdigen Versammlung nicht nötig zu erklären. Aber was wir eben aus dem Bericht des Dr. Laible gehört haben, daß ein Teil der evangelischen Presse bereits eingegangen ist, während die römische Presse blüht und sich weiter entwickelt, das hat uns alle gewiß tief an die Seele gegriffen und gezeigt, wie die ganze hohe Bedeutung einer kirchlichen Presse noch nicht allen in Fleisch und Blut übergegangen ist — mehr den Gemeinden, noch Gemeindeförperschaften noch der Kirche. —

Was ist in unserer modernen Zeit eine Kirche, die keine Presse mehr zur Seite hat. In unserer modernen Zeit ist eine Kirche ohne Presse — nicht als ein zum größten Teil gelähmter Körper... ein Mensch mit einem Knebel im Mund und gefesselten Händen. Welche der Kirche in unserer Zeit, wenn sie mündig geworden ist! Darum soll die erste Tat des Weltkongresses sein: von heute an darf kein luth. Kirchenblatt oder Zeitung mehr eingehen. Mein Antrag an den Weltkongress ist daher: Unzerstörliche Gründung eines internationalen lutherischen Pressehilfsausschusses, der sofort mit seinen Arbeiten beginnen muß.

Die Anregung des Redners fand den Beifall der Anwesenden, die sich darin einig waren, daß die ev. Presse über Wasser gehalten werden muß. Der Verfassungsausschuß wird diese Angelegenheit, nach Versicherung eines seiner Mitglieder, besonders berücksichtigen.

Das Riesenbeben in Japan.

30 Städte vollständig zerstört. — 500 000 Menschen in Tokio umgekommen. — 20 000 wurden obdachlos. — Tokio endgültig zerstört. — Die polnische Gesandtschaft zerstört. — Ganz Japan steht vor dem Untergang. — Das Beben macht sich auch in China bemerkbar.

Der Berichterstatter der „Times“ meldet aus Osaka, daß auf den japanischen Ministerpräsidenten Yama Motto ein Anschlag verübt wurde, der jedoch keine Folgen hatte.

„Times“ berichtet aus Tokio, daß Ministerpräsident Yama Motto bei dem Einsturz der Decke im Marinestab an der Schulter verletzt worden sei. Comte Zatahachi, über dessen Tod berichtet wurde, ist am Leben. Dem von der Polizei in Tokio gesammelten Zahlenmaterial zufolge erreicht die Zahl der im ganzen Lande ums Leben gekommenen Personen 800 000. — „Petit Parisien“ meldet aus London, daß dort die Nachricht von dem Untergang des Bonin-Archipels eingetroffen sei.

Durch das Erdbeben wurden gegen 30 Städte vollständig zerstört. 500 000 Menschen sind in Tokio ums Leben gekommen, 200 000 wurden obdachlos. Auf den Inseln Amakusa und Yakushima blieb kein ein einziges Haus verschont. Aus vielen Gegenden Japans wird von ungeheuren Überschwemmungen berichtet, die durch Geiser verursacht werden. Alle aus Japan einlaufenden Nachrichten lassen darauf schließen, daß es sich hier um eine in der Geschichte beispiellos dahingehende Katastrophe handelt.

Einer neuen Meldung zufolge haben inzwischen weitere Erdbeben stattgefunden, durch die die bisher unversehrt gebliebenen Teile von Tokio vollständig zerstört wurden.

Die Beben dauern mit größerer und geringerer Gewalt ununterbrochen fort. Wie aus Nord-China gemeldet wird, wurden auch dort bereits mehrere Erdstöße verspürt. In Tsingtau zeigten sich an den Häusern Risse.

Der Geologe Dr. Herbert veröffentlicht in der „Boston Times“ einen Artikel, in dem er die Meinung vertritt, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die gegenwärtigen Erdbeben nur die Einleitung seien zu einem großen Ausbruch des Subischijama, der ganz Japan vertilgen kann.

Von öffentlichen Gebäuden sind in Tokio zerstört worden: Die Nationalbank, das kaiserliche Museum, die Universität, die Militärhochschule, der größte Teil der Theater, fast sämtliche Schlösser und Paläste, der Ramontempel, die Gesandtschaften Frankreichs, der Türkei und Italiens. Alle Leuchttürme sind zerstört.

Neuer meldet, daß der Sachschaden in Tokio sieben Millionen Yen ausmacht. In Yokohama sind 40 000 Einwohner verblieben. Der Rest ist entweder umgekommen oder gestrichelt. Zwei Ueberseesdampfer sind an der japanischen Küste gescheitert.

„Petit Journal“ berichtet aus London, daß auf der Insel Cypren mehrere Erderschütterungen festgestellt wurden.

Lokales.

Dob, den 6. September 1923.

Zum Schulbeginn.

Die Pforten der Schule öffnet sich abermals, um unsere Kinder aufzunehmen. Während aber sonst der erste Schultag für Jung und Alt ein festlicher, gewiß wehrvoller Tag war, fällt er heute wie noch nie die Herzen und Sinne der Eltern und Lehrer und aller jener, die wissen, was Jugend, Schule und Bildung bedeuten, mit Angst und Bangen. Das größte Unrecht in diesen jammervollen Zeiten ist, daß der Unschuldige und Schwache vom Unheil am meisten getroffen wird. Die Jugend hat unter dem Kriege und seinen Folgen am meisten zu leiden. Denn ein tiefer Schatten liegt auf ihrer Kindheit, nicht Sonne, Freude, sondern unsere Kinder als erste Eingeborenen in ihre weichen Seelen aufgenommen, sondern Härte, Paß, Grausamkeit, Not und Tod. Wie sollen solche Kinder zu frohen, ihres Lebens sich freuenden, glücklichen und daher guten Menschen werden?

Es lautet wie ein Fluch auf Menschen, Staaten und Regierungen: die Blindheit gegen das Allernotwendigste, die Verleththeit aller Maßnahmen. Das Kind, die Jugend, Erziehung und Schule sind Dinge, die nur so nebenbei beachtet werden. Für alles andere hat man Geld, für Kinderfürsorge, Errichtung von Schulen, Erhaltung von Lehrern ist der Säckel immer leer. Unsere Kinder müssen sich diese Erziehung gefallen lassen, weil sie es noch nicht verstehen, um ihr gutes Recht zu kämpfen. Und wir nützen diese Wehrlosigkeit oft in verwerflicher Weise aus und verantworten ihnen das gute Beispiel, die liebevolle Pflege, den Lehrer und die Schule. Werden wir Allen das einmal verantworten können?

Man hört wohl in diesen Tagen wieder und wieder den Ausspruch: Schule und Bildung verlohnen keine mehr, wozu soll ich mein Kind und mich selbst plagen? Handwerker soll mein Junge werden! Diese Worte kommen aus der verbitterten Stimmung solcher Leute, die zu jenem Stande gehören, der unter der Ungerechtigkeit der Zeit am meisten leiden muß: es ist der Stand der Arbeitslosen. Wenn aber Vernunft über Verblendung, Wahrheit über Lüge, Geist über Materie jemals siegen, so müssen auch Bildung und Intelligenz bald wieder zu Ehren und Ansehen kommen, es sei denn, daß die ganze Kultur in Trümmer geht.

Es ist für so manchen Vater schwer, sein Kind in die Schule zu schicken und es bilden zu lassen. Die Kosten hierfür sind unerträglich.

Und gar wir Deutschen haben es hierin nicht leicht. Unsere Regierung kümmert sich um unser Schulwesen nicht nur nicht, sondern wir müssen außer unseren privaten Schulen noch die öffentlichen Schulen unterhalten. Auch atmen verschiedene behördliche Verordnungen gerade keinen verträglichsten Geist gegen das deutsche Schulwesen. Fast scheint es, daß man es am liebsten sähe, wenn die deutsche Schule ganz verschwände. Uns bleibt aber eine Pflicht: das Kleinod, das wir über 100 Jahre lang mit Sorgfalt nach Kräften gehegt und gepflegt haben, unsere deutsche Schule, unsere Muttersprache und Kultur, müssen wir fest und unerschütterlich an unser Herz zu drücken, nicht selbe unseren Kindern die Sprache Goethes und Schillers vorzuhalten, denn ein Vater, der das zu tun imstande ist, ist ein Heldenmutter. Wir müssen das Behn- und das Hundertfache für unsere Schulen freudig opfern und unseren Kindern Lehrer und Erzieher bereithalten, die sie zu charaktervollen Menschen, tüchtigen Köpfen, guten Deutschen und ebenso guten Bürgern unseres polnischen Staates her-

zubilden. Dagegen dürfen wir nicht schuldlos werden. Bedenken wir, daß wir in allem hinter unseren Mitbürgern anderer Nationalität zurückbleiben, sei es als Bauer oder als Handwerker oder Kaufmann, wenn unsere Kinder nicht mit einem gebiegenen tüchtigen Wissen, mit Sprachkenntnissen u. s. w. ausgerüstet werden. Darum wollen wir, trotz der härteren Zeiten, den ersten Schultag im Stillen immer noch als einen Festtag begehen und unsere Kinder froh und opferwillig unserer Schule und unseren Lehrern wieder für ein Jahr anvertrauen.

Möge auch dieses Schuljahr ein segensreiches sein!

pap. Bodz bezahlte 10%, Millionen Einkommensteuer. Am Dienstag fand im Magistrat eine Sitzung der Kommission für die Bemessung der staatlichen Einkommensteuer statt. Aus dem Bericht der Abteilung für die Bemessung der staatlichen Einkommensteuer geht hervor, daß in Bodz insgesamt 10 Millionen 539 Millionen 93 Tausend Mark Einkommensteuer bei 26 877 Zahlern ausgemessen wurden. Von dieser Summe entfallen 33 Prozent auf die Stadt. Dieser Bericht rief eine lebhaftige Aussprache hervor, da aus ihm hervorging, daß der Magistrat sein Defizit retten wolle, wofür der Umstand einen Beweis bildet, daß die Staatsbehörden kaum mehr als 2 Millionen Einkommensteuer von Bodz erwarteten, während der Magistrat über 10 Millionen einzug. Dies beweist deutlich, daß nur die Selbstverwaltungen mit den Steuern bei genügender Kenntnis der Verhältnisse der Bürger fertig werden können, umso mehr, als Warschau, das eine bei weitem größere Zahl von Geschäften und Gewerbetreibenden aufweist, 20 Prozent weniger Einkommensteuer ausmacht, was ohne Zweifel dem Umstand zu verdanken ist, daß in Warschau nicht der Magistrat, sondern die Finanzkammer die Einkommensteuer ausmacht.

Der Völkerverbund für eine Kalenderreform. Die Verbandskommission des Völkerverbundes schloß unter Teilnahme von Vertretern der katholischen Kirche, des lutherischen Patriarchats und des Erzbischofs von Santerburn ihre Arbeiten über eine einheitliche Kalenderreform ab. Die Kommission stellte fest, daß der Reform keine anderen verbindlichen religiösen Hindernisse entgegenstehen, daß die einheitliche Festlegung des Osterfestes aber eine vorherige Verständigung unter den kirchlichen Behörden erfordere und daß die Reform überhaupt nur unter starker Beteiligung der öffentlichen Meinung möglich sei.

Verbesserte städtische Steuern. Angeht der empfindlichen Verluste, die der Stadt bei der Einziehung der Steuern infolge der ständigen Geldentwertung erwachsen, beschloß der Magistrat, dem Finanzministerium eine Denkschrift zu unterbreiten und um die Erlaubnis nachzusuchen, bei der Einziehung der städtischen Steuern einen Verhältnistab für die Geldentwertung anzuwenden zu dürfen.

Zugung. Am Sonntag tagt in Bodz die IV. Jahressitzung des Kongresspolnischen Verbandes des Jugendbundes für christliches Christentum. Die Versammlungen finden um 4 1/2 Uhr nachmitt. und 4 1/2 Uhr abends im großen Saale des Männergesangsvereins, Petrusauer 243, statt. Der Eintritt ist frei.

pap. Die moderne Bodzer Polizei. Am 1. September begann die neuorganisierte 6. Brigade des Untersuchungsamtes ihre Tätigkeit. Die Brigade arbeitet nach der dachloskopischen Untersuchungsmethode.

bip. Eine neue Bodzer jüdische Tageszeitung. Von heute ab erscheint in Bodz eine neue jüdische Tageszeitung, das „Nafte Bodzer Folksblatt“.

Die Wählerlisten für die Diözesansynoden.

Uns wird geschrieben: Schon seit mehreren Wochen wird in den evangelischen Gemeinden an der Aufstellung der sogenannten Wählerlisten gearbeitet. Das langsame Tempo jedoch, in welchem die Arbeit fortschreitet, läßt vermuten, daß man sich über den Sinn und über die Bedeutung dieser Angelegenheit noch gar nicht im Klaren ist.

Worum handelt es sich eigentlich?

Die Gemeinden haben seit einer langen Reihe von Jahren die Schaffung eines neuen Gesetzes für unsere Kirche gefordert. Die konstituierende Synode hat einen Entwurf geschaffen und gutgeheißen, und wir warten nun darauf, daß das Projekt auf legalem Wege zum Gesetz werde. Bei der Ausarbeitung des Entwurfes ist einer der wichtigsten Gesichtspunkte der gewesen, die Gesamtkirche und alle ihre einzelnen Glieder zu Worte kommen zu lassen im Geiste der zur Zeit alles beherrschenden Demokratie.

Wir wollen uns nicht in Mutmaßungen ergehen, wie lange es wohl dauern kann, bis das neue Kirchengesetz in Kraft treten und die allgemeine Synode zum erstenmal zu ihrer Arbeit zusammenberufen werden wird. Soviel aber ist gewiß, daß, wenn dieser Moment einmal da ist, die Synode sich vor eine gewaltige Fülle von Arbeit gestellt sehen wird. Ich sehe eine Katastrophe voraus, wenn sie unvorbereitet an die Arbeit herantreten sollte, wenn sie verschiedensten Fragen, die gelöst werden sollen, ihr vorgelegt werden sollten, ohne zuvor schon sorgfältig geordnet und bearbeitet worden zu sein, es gäbe ein Chaos, durch welches sich durchzuarbeiten der Synode außerordentlich schwer werden müßte.

Wer soll diese Vorarbeit leisten?

Wenn es einzelne Personen oder private Kreise tun würden, die es freiwillig übernehmen wollten, so würden sie nicht die nötige Autorität besitzen, daß die zukünftige gesetzgebende Synode das von ihnen bearbeitete Material mit Vertrauen entgegennehmen könnte zu weiterer Beratung und Beschlussfassung.

Das Konsistorium hat daher auf Antrag der Pastorenkonferenz beschlossen, schon jetzt die im Gesetzentwurf vorgesehenen Diözesansynoden ins Leben zu rufen, welche in der Zwischenzeit, also bis zur Bestätigung des neuen Kirchengesetzes, allerdings nicht als beschließende, aber doch als beratende Körperschaften ihre Arbeit tun können. Diese Diözesansynoden hätten also alle die Kirche angehenden Fragen soweit durchzuarbeiten und zu ordnen, daß sie dann im gegebenen Moment vor die Allgemeine Synode gebracht werden könnten.

Welches soll der Bestand dieser Diözesansynoden sein?

Hier sollen bereits die Bestimmungen des Entwurfes für das neue Kirchengesetz in Anwendung kommen. Jede Gemeinde entsendet zur Diözesansynode ihre Delegierten, deren Zahl sich nach der Zahl der Wähler richtet. Gemeinden mit einer Zahl von Wahlberechtigten bis zu 1000 entsenden zwei Delegierte; auf jedes weitere Tausend von Wahlberechtigten folgt wieder je ein Delegierter.

Wie soll die Wahl der Delegierten vor sich gehen?

Die Wahl erfolgt auf Grund von Wählerlisten. Das Wahlrecht haben nur diejenigen Gemeindeglieder, welche in den Wählerlisten eingetragen sind. Wer nicht eingetragen ist, kann also an der Wahl nicht teilnehmen. Alle Gemeindeglieder männlichen und weiblichen Geschlechts, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, haben das Recht, sich in die Wählerliste eintragen zu lassen, wenn sie einen Kirchenbeitrag entrichtet haben, denn es ist selbstverständlich, daß Rechte und Pflichten einander entsprechen müssen. Die Entrichtung des Kirchenbeitrages von Seiten des Mannes verleiht auch seiner Ehefrau das Recht, sich in die Wählerliste eintragen zu lassen, nicht aber seinen volljährigen Söhnen und Töchtern, die für ihre Person zu einem

Kirchenbeitrag sich verpflichten müssen, um das Wahlrecht zu erlangen.

Was hat zunächst zu geschehen?

Jedes einzelne Gemeindeglied, auch das Kirchenbeitrag zahlende, wird gut tun, persönlich für seine Eintragung in die Wählerliste Sorge zu tragen, und sich nicht darauf zu verlassen, daß die Kirchenkanzlei das von sich aus tun wird.

Bis zum 15. September liegen die Wählerlisten in den Kirchenkanzleien aus, so daß jedermann Gelegenheit gegeben ist sich zu überzeugen, ob er eingetragen ist, und gegebenenfalls zu reklamieren.

Die Wahl der Delegierten ist auf den 7. Oktober festgesetzt.

Pastor Hadrian.

Hip. Die Magistratsbeamten gegen eine Verringerung der Zahl der städtischen Beamten. Dienstagabend fand eine Generalversammlung der Mitglieder des Fachverbandes der Magistratsangestellten statt. Den wichtigsten Punkt der Beratungen bildete die Frage einer etwaigen Verringerung der Zahl der Magistratsangestellten. Die Magistratsangestellten erklärten sich entschieden gegen eine Herabsetzung der Zahl der Angestellten in den städtischen Ämtern und forderten die Verbandverwaltung auf, energische Schritte in die Richtung zu unternehmen. Es wurde beschlossen, dem Magistrat die schriftliche Frage zu unterbreiten, ob er sich tatsächlich mit dem Gedanken trage, eine Herabsetzung des Angestelltenpersonals durchzuführen und in den Bezirksamtsauschuss im Sinne der Tarifpragmatik auch Delegierte des Angestelltenverbandes aufzunehmen. Eine rege Aussprache entwickelte sich über die Gehaltsfrage. Eine ganze Reihe von Rednern forderte die zweimögliche Regelung der Gehälter gemäß den Berechnungen der Kommission zur Prüfung der Unterhaltskosten in Goh. Die Angestellten beschloßen, sich in dieser Angelegenheit an den Magistrat zu wenden und eine nachträgliche Erhöhung der Gehälter für die zweite Augusthälfte zu verlangen.

Hip. Von der letzten Stadtratssitzung. Nach dem die Verlesterkammer die Protokolle verlassen haben, schreitet die Versammlung am Mittwoch zum nächsten Punkt der Tagesordnung: zum Dringlichkeitsantrag des Magistrats bezüglich der Erhöhung der Gaspreise. Nach einer Aussprache beschloß der Stadtrat die Gaspreise zu beleuchten und festzusetzen auf 230 000 Mark, für Gas zu Betriebszwecken auf 280 000 Mark und für Gas für städtische Einrichtungen und für die Beleuchtung der Straßen auf 220 000 Mark für je 1000 Kubikfuß zu erhöhen.

Sobald wird eine Interpellation des Stadtverordneten Trede und Gevoßen betr. die Verpachtung eines städtischen Platzes für die Lokier Zweigstelle der Abteilung für Kindererziehung und Kinderkrippe in Marbach. Der Stadtrat erklärt, daß der vorhergehende Magistrat, indem er dieser Gesellschaft einen Platz auf 24 Jahre übergab, ihn ihr schenkte, da die genannte Institution von 100 Marktleuten des früheren Magistrats geleitet wurde. Der Stadtrat beschloß, die Beschüsse des früheren Stadtrats dem Woiwodschaftsamt zur Aufhebung zu überleihen. Bevor zur Abstimmung geschritten wird, verliest Stadtverordneter Daniel Lewin (P. P. S.) eine Erklärung seiner Fraktion, in der diese gegen die Aufhebung des Beschlusses des früheren Magistrats und gegen die Taktik des gegenwärtigen Magistrats protestiert. Die Stadtverordneten der Polnischen Sozialistischen Partei und ein Teil der Juden verlassen demonstrierend den Sitzungssaal.

Bevor zur Wahl der Mitglieder des Bauausschusses für ein städtisches Theater, des städtischen Oberbahnhofs und des Bezirkskalkulators geschritten wird, stellt Stadtverordneter Braszilier das Quorum in Frage, es wird

jedoch festgestellt, daß noch 50 Stadtverordnete anwesend sind. In den Bezirkskalkulator werden 3 Vertreter von der Liste der P. P. S. und der christlichen Demokraten und ein Vertreter von der Liste des Volksverbandes gewählt. Die Juden protestieren gegen diese Wahl. Der Antrag des Magistrats betr. die Aufnahme einer langfristigen Anleihe von 450 Millionen Mark zur Verbesserung von Schulbauten wird bis zur nächsten Sitzung verschoben, da hierzu ein qualifiziertes Forum erforderlich ist. Des weiteren wird die Dringlichkeit des Antrags des Stadtverordneten Schweg (Hochd.) in der Angelegenheit des Aufbaus der Gesellschaft „Kozmos“ an die Schuljugend abgelehnt und der Kommission für allgemeine Fragen übermiesen. Nachdem noch 8 Anträge des Magistrats betr. die Erhöhung verschiedener Gebühren angenommen wurden, wird die Sitzung geschlossen.

Wie wir erfahren, werden in Zukunft die Sitzungen des Stadtrats immer Donnerstags und nur ausnahmsweise an Dienstagtagen stattfinden.

pap. Zu den Stadtratswahlen in Ruda-Babowicka die am Sonntag stattfinden werden, wurden 5 Wahlkreise eingeteilt, und zwar: Liste 1 — Christlicher Verband der Nationalen Einheit, Liste 2 — Polnische Sozialistische Partei, Liste 3 — Deutschsprachige Einwohner, Liste 4 — parteilose Polen, Liste 5 — Nationale Arbeiterpartei. Zum Wahlbereich gehört außer Ruda-Babowicka auch Now-Rolice, sowie die Kolonien und das Vorwerk Chodula. Insgesamt werden 24 Stadtverordnete und 12 Ersatzmänner gewählt werden.

pap. Neuer Brotpreis. Von heute ab verpflichten neue Brotverträge. Danach kostet ein 2 Kg.-Brot aus Gortow, Mehl 16 000 Mark und aus Gortow, Mehl 18 000 Mark. Da die Bäcker jedoch beabsichtigen, angesichts des Fallens der Mehlpreise das Brot aus weis minderwertigen Mehlsorten herzustellen, hat das Referat zur Bekämpfung des Wunders eine strenge Überwachung der Bäckereien angeordnet.

pap. Wegen der hohen Preise für Butter und Milch. In letzter Zeit wurden vielfach bedeutende Preisunterschiede beim Verkauf von Milchwaren festgestellt. Während der Butterpreis auf dem Markte 100 000 Mark für einen Eimer betrug, fordern die Ladenhändler 130 000 Mark für ein Eimer. Für ein Eimer Milch wird in den Bäden ein Preis von 7000 Mark verlangt, auf dem Markte dagegen nur ein solcher von 5000 Mark. Angesichts dessen, weshalb sich das Referat zur Bekämpfung des Wunders an die Verbraucher, bei übermäßig hohen Preisforderungen der Kaufleute, dem Referat zur Bekämpfung des Wunders im eigenen Interesse davon Mitteilung zu machen.

Hip. Die Magistratsbeamten drohen mit dem Streik. Wie wir vom Verband der Magistratsangestellten erfahren, haben diese, die ihnen zustehenden Gehälter noch nicht ausgezahlt erhalten. Den Magistratsbeamten kommt für August eine 44-prozentige und für September eine 54-prozentige Gehaltserhöhung zu. Bisher hat der Magistrat ihnen nur den ersten Teil des Gehalts ausbezahlt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Magistratsangestellten die Arbeit niederlegen werden. Wie der Magistrat uns mitteilt, beschloß er in seiner Sitzung vom 4. September, die Septembergehälter der Magistratsangestellten um 94,32 Proz. zu erhöhen, gemäß den Berechnungen der woiwodschaftlichen Kommission zur Festsetzung des Deurenwachstums.

pap. Auf der Zufahrtbahnlinie Ruda-Nagow-Tuzna-Kusow wurde der Wintersfahrplan eingeführt: Der 6 Uhr 30-Abendzug wurde auf 4 Uhr nachmittags verlegt, so daß dieser Zug, wie folgt, verkehren wird: Strecke Goh-Kusow: Abfahrt aus Goh 8 Uhr 30 Min. nachmittags, Abfahrt aus Ruda 4 Uhr, Ankunft in Nagow 4 Uhr 15 Min. Abfahrt aus Nagow

Es ist sehr fraglich, ob man ohne Verstand gut sein kann. Es ist daher am klugen, die Güte der Dummheit nicht zu hoch einzuschätzen. Güte wird erst zur Tugend, wenn sie mit Verstand gepaart ist und trotz dieser malte.

Ueber den Ozean.

Roman von Erich Ebenstein.

Nachdruck verboten

(57. Fortsetzung.)

Mr. Stone mit seiner schreiend blauen Krawatte, den karierten Beinkleidern und der nicht ganz sauberen Wäsche machte den denkbar schlechtesten Eindruck auf Dr. Loofe. Er hatte ein dreifaches Gesicht mit verdrehten frechen Augen und einen brutalen Zug um den breiten Mund. Dazu brandeltes Haar.

Und den sollte Serena heiraten? Serena, die zart und anmutig und fein war wie eine Frühlingsblume?

Dr. Loofe hatte ihm am liebsten ins Gesicht gelacht, wenn ihm nicht zugleich ein Schauer über den Rücken gelaufen wäre.

Dann fragte er, was die Herren wünschten. Alle drei zugleich begannen es ihm auseinanderzusetzen. Sofort, augenblicklich möge Serena entlassen werden. Sie wollten sie gleich mitnehmen und würden hier warten.

Aber Dr. Loofe erklärte ruhig, das sei zwecklos, da von einer so plötzlichen Entlassung keine Rede sein könne. Miß Munk selbst wolle das Hospital noch nicht verlassen, da sie sich dazu nicht stark genug fühle. Er als Arzt müsse ihr darin bestimmen und seine Pflicht gebiete ihm, sie darin zu unterstützen.

„Oho,“ schrie Thomas Munk, alle Beherrschung verlierend, auf. „Das wollen wir doch erst sehen! Wozu hätten wir denn Gerichte? Kein Gericht Amerikas wird

sich weigern, einem Vater beizustehen, der sein Kind zurückfordert!“

„Es steht Ihnen frei, das Gericht anzurufen. Jedem falls kann dann die Entscheidung nicht heute fallen, und ich ersuche Sie also, dieses Haus nun zu verlassen. Uebrigens ist es gar nicht sicher, daß man Ihnen recht gibt. Miß Munk scheint mir bereits in einem Alter zu stehen, das sie nach unseren Gesetzen berechtigt, für mündig zu gelten.“

„Sie ist noch nicht mündig!“

„Gut. Sie werden dies zu beweisen haben. Bringen Sie die nötigen Papiere und reichen Sie Ihre Klage ein. Für jetzt haben Sie hier nichts mehr zu suchen.“

Bei dem Wort „Papiere“ — Dr. Loofe entging dies nicht — erblickten alle drei. Die Brüder Munk wuschelten verstockten einen bestürzten Blick. Gleich darauf aber machte der junge Stone noch einen letzten dreifachen Versuch, den Arzt einzuschüchtern.

„Und wenn wir einfach nicht gehen?“ sagte er herausfordernd. „Ich pfleise auf Ihre Gerichte! Ich will meine Braut! All devils — wir sind drei handfeste Burschen —“

„Ich habe acht Burschen in der Anstalt, die noch viel „handfester“ sind als Sie“, unterbrach ihn der Arzt kalt, und ich gebe Ihnen mein Wort, daß Sie in fünf Minuten hinausgeworfen sind, wenn Sie nicht vorziehen, freiwillig zu gehen!“

Er richtete sich straff auf und wies nach der Tür.

„Entfernen Sie sich augenblicklich“, sagte er mit blühenden Augen, und seine bisher beherrschte Haltung wurde gebieterisch, daß ihn die drei ganz verduht anstarrten und es dann für gut befanden, ohne ein weiteres Wort zu verschwinden.

Loofe sah ihnen nicht nach. Er war ans Fenster getreten und suchte mit den Augen das Kiefernbockst, in dessen Schatten er Serena geborgen wußte.

Warum waren sie so erschrocken, als von Papieren die Rede war? Stimmt auch da etwas nicht? Welches Geheimnis wob sich um das süße dunkle Mädchenköpfchen, das einer andern, längst Entschwundenen so ähnlich war?

Und leise tastete sich wieder ein Gedanke in ihm empor, der ihn schon seit Tagen schmerzhaft quälte, obwohl er ihn als unmöglich stets von sich jagte.

Sie, die er einst mehr liebte als sein Leben, hatte eine Verwandte in Chicago besessen, zu der sie floh, als sie sich von ihm losagte aus übertriebenen Stolz. Er hatte freilich weder von ihr noch ihren Verwandten eine Spur dort finden können, obwohl er jahrelang in Chicago weilte und nichts unversucht ließ. Aber auch dieser Munk kam aus Chicago... konnte Marion ihn nicht später geheiratet haben und — Serena beider Kind sein? Sie hatte ihn vielleicht für tot gehalten? Der Gedanke war entsetzlich. Aber er wurde ihn nicht mehr los...

Nachmittags suchte er Serena noch einmal im Garten auf und teilte ihr mit, weshalb man ihn vor Tisch abberufen habe.

Sie erschrak furchtbar.

„Werde ich nun doch mit ihnen von hier fort müssen?“ fragte sie endlich zitternd.

Er hatte ihre Hand ergriffen, diese zarte weiße Mädchenhand, die wie ein Blumenblatt weich und kühl in der seinen ruhte, und streichelte sie gedankenverloren.

„Vorläufig gewiß nicht. Ob später, müssen wir eben abwarten. Würde es Ihnen sehr schwer werden?“

„Ja...“

„Warum?“

Fortsetzung folgt.

